

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Alfons Brandl

Staatsminister Klaus Holetschek

Abg. Christina Haubrich

Abg. Manfred Eibl

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Stefan Löw

Abg. Florian von Brunn

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Markus Plenk

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Gisela Sengl

Abg. Kerstin Radler

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Christian Kligen

Abg. Christian Flisek

Abg. Julika Sandt

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Dieses Mal beginnt die CSU mit der Befragung. Dann geht es in der gewohnten Reihenfolge weiter. Ich eröffne die Fragerunde mit dem Kollegen Alfons Brandl von der CSU-Fraktion. Das betroffene Ressort ist das Gesundheitsministerium.

Alfons Brandl (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Frage zum Thema Impfungen richtet sich an den Staatsminister Klaus Holetschek. Wie viele Impfungen wurden in Bayern bereits durchgeführt? Wie sieht, was auch wichtig ist, die Prognose zur weiteren Impfstofflieferung aus? Vor allem interessiert: Wann wird die Gruppe der Höchstpriorisierten durchgeimpft sein?

Präsidentin Ilse Aigner: Der Staatsminister Klaus Holetschek hat das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, lieber Kollege Brandl! Wir haben Stand heute in Bayern über 1.140.000 Impfungen verabreicht. Ich glaube, wir sind damit im Konzert der Bundesländer, was die Erstimpfungen angeht, ganz gut dabei. Gestern waren wir auf Platz 2. Das variiert natürlich. Ich denke aber, wir können so viel impfen, wie wir Impfstoff zur Verfügung haben. Das ist die Botschaft auch an diesem Tag. Je mehr da ist, desto besser.

Sie wissen, dass im zweiten Quartal ungefähr zehn Millionen Dosen kommen sollen. Wir hoffen, dass das auch so eintreffen wird. Das hängt ein bisschen davon ab, wie sich das Zulassungsgeschehen entwickeln wird. Möglicherweise soll ja schon am 11. März ein neuer Impfstoff von Johnson & Johnson zugelassen werden. Ich habe heute gehört, dass auch Sputnik V eine Zulassung bei der EMA beantragt hat. Man wird sehen, wie sich auch dieses Thema weiterentwickelt. Die EMA ist eine Behörde, die jeden Impfstoff auf seine Wirksamkeit prüft. Sie ist für diesen Bereich die wissenschaftliche Behörde.

Ich bin optimistisch, dass wir in kurzer Zeit wesentlich mehr Impfstoff zur Verfügung haben werden; diesen wollen wir auch verimpfen. Dazu werden wir die Kapazität an unseren über hundert Impfzentren in Bayern erhöhen. Bisher sind die Impfzentren auf 48.000 Impfungen am Tag ausgerichtet, die Kapazität soll aber auf 110.000 Impfungen am Tag hochgefahren werden.

Gestern bei der Ministerpräsidentenkonferenz hat Markus Söder ins Spiel gebracht, dass die Impfungen baldmöglichst in die Regelversorgung durch die Hausärzte integriert werden sollen. Ich gehe davon aus, dass uns auch das sehr hilft, um die Impfschwindigkeit zu erhöhen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht auch an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Sie kommt von der Kollegin Christina Haubrich vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Ministerpräsident Söder hat am vergangenen Wochenende gesagt, dass der AstraZeneca-Impfstoff in hohen Zahlen nicht verimpft würde. Wir haben einmal recherchiert, in Bayern aber kein Impfzentrum gefunden, in dem Impfstoff liegen geblieben wäre. Im Gegenteil, die meisten Impfzentren klagen darüber, dass sie zu wenig Impfstoff haben. Mich würde interessieren, wo dieser Impfstoff ist. Oder handelt es sich bei diesem Impfstoff vielleicht um einen Impfstoff, der erst geliefert wird? Ist das Problem vielleicht ein ganz anderes? Sie haben es gerade schon angesprochen: Im Moment können 48.000 Impfungen am Tag durchgeführt werden. Erst in Zukunft sollen es 110.000 Impfungen sein. Liegt es vielleicht daran, dass die Kapazität nicht so schnell hochgefahren werden kann, um größere Mengen zu verimpfen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Kollegin, daran liegt es nicht. Wir haben heute einen Zuwachs von 35.000 Impfungen bei den Impfzentren insgesamt gehabt. Daher könnten wir noch mehr impfen. Der Impfstoff, der ausgelie-

fert wird, landet nicht sofort im Arm des zu Impfenden. Für die Impfungen müssen Termine vereinbart werden. Jetzt sind auch andere Maßnahmen geplant wie die höhere Priorisierung der Lehrer. Dazu gibt es Terminvereinbarungen, die in der Zukunft eingehalten werden müssen.

Am Anfang hatte man bei AstraZeneca schon den Eindruck, dass manche Menschen diesen Impfstoff nicht möchten. Die Äußerung des Weltärztepräsidenten hat uns in diesem Zusammenhang wenig geholfen. Die Diskussion über die Frage, ob das ein besserer Impfstoff ist und wie er sich auswirkt, haben Sie damals auch mitbekommen. Ich bin froh, dass heute dankenswerterweise viele Ärztinnen und Ärzte sagen, AstraZeneca ist ein guter und wirksamer Impfstoff, der ohne Zweifel eingesetzt werden kann. Jetzt haben wir auch eine neue Studie, wonach er bei älteren Menschen besonders gut wirkt. Die Daten aus Schottland liegen vor. Die STIKO hat heute empfohlen, dass die Altersbegrenzung entfallen soll. Ich gehe davon aus, dass dann auch die Coronavirus-Impfverordnung nachzieht, sodass wir diesen Impfstoff zukünftig breiter einsetzen können. Das Impfen mit AstraZeneca läuft im Moment gut. Ich glaube nicht, dass bei uns die Impfstoffe sehr lange liegen bleiben werden.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage von der Kollegin Haubrich.

Christina Haubrich (GRÜNE): Ich habe noch eine Nachfrage zu den Hausärzten. Sie haben vorhin schon gesagt, dass sie auch einbezogen werden sollen. Ab wann und wie soll das genau erfolgen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Die Frage der Hausärzte ist für mich eine ganz zentrale und wichtige Frage. Wir machen dazu schon Pilotprojekte. Im Berchtesgadener Land und in Fürth gibt es bereits Pilotprojekte. Auch an anderen Orten werden jetzt schon die Praxen nach einem bestimmten System einbezogen. Sie sind nach wie vor an das Impfzentrum angedockt. Wir wollen aber versuchen, die Impfung möglichst bald in die Regelversorgung zu übernehmen. Die Integration in die Regelversorgung wäre richtig und wichtig, weil wir dann bei der Corona-Impfung

genauso wie bei der Grippeimpfung das System der Ärzte nutzen können. Dazu brauchen wir möglichst viel Impfstoff, damit es auch funktioniert.

Ich habe heute Früh noch mit dem Vorsitzenden des Hausärzteverbandes Herrn Dr. Beier gesprochen, weil wir uns jetzt eng abstimmen wollen. Ich gehe davon aus, dass am Montag bei der Gesundheitsministerkonferenz, an der auch immer der Bundesminister teilnimmt, Näheres darüber zu erfahren sein wird, wie genau das System gestaltet werden soll. Über das Thema der Vergütung ist gestern schon einmal gesprochen worden. Wir müssen prüfen, wie schnell wir die Ärzte, übrigens auch die Betriebsärzte, einbinden können. Wir wollen das System erweitern, wenn die Impfstoffe vorhanden sind, und dann alle Kapazitäten nutzen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an das Wirtschaftsministerium. Sie kommt vom Kollegen Eibl.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Aiwanger, der Freistaat hat 50 Millionen Euro für die Erforschung und Entwicklung von Therapeutika zur Behandlung von COVID-19-Erkrankungen bereitgestellt. Wie steht es aktuell um die Bayerische Therapiestrategie? Wo stehen wir aktuell? Vor allem interessiert mich, wie es weitergeht.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Danke für die Frage zu diesem Thema. Viele wissen nicht, wie es in der Sache seit dem Beschluss kurz vor Weihnachten weitergegangen ist. Ich danke den Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN, dass diese 50 Millionen freigegeben worden sind, damit wir in die Therapie von Corona-Auswirkungen einsteigen können. Faktum ist, dass diese 50 Millionen dringend nötig waren und ungefähr um genau diesen Betrag überzeichnet worden sind. Das heißt, dass Förderanträge mit einem Volumen von 200 Millionen Euro gestellt worden sind. Bei einer 50-prozentigen Förderung würden wir gut 100 Millionen Euro in die Unternehmen bringen müssen.

Wir haben jetzt 22 qualifizierte Bewerber, die bis Mitte März über den Stand der Bewertung ihrer Bewerbung informiert werden. Sie kommen dann in das eigentliche Antragsverfahren und können mit vorläufigem Maßnahmenbeginn loslegen. Das ist der aktuelle Stand. Zwischen Weihnachten und jetzt ist alles sehr schnell gegangen. Wir haben 22 sehr gute Vorschläge, für die wir dieses Geld verwenden werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht wieder an das Gesundheitsministerium. Sie kommt vom Kollegen Stefan Löw von der AfD-Fraktion.

Stefan Löw (AfD): Herr Holetschek, aufgrund des Schutzes der Risikogruppen und des Fortschreitens der Impfungen müssten sehr bald die Todeszahlen sinken. Die Zahlen kommen in der Regel zwei Wochen später. Die Belegung der Intensivstationen nimmt auch ab. Wenn also die vulnerablen Gruppen geimpft sind und damit nicht mehr Todesfälle und schwere Erkrankungen als bei jeder jährlichen Grippewelle zu erwarten sind, gehen Sie dann davon aus, dass alle Maßnahmen zur Einschränkung der Grundrechte aufgehoben werden können?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich gehe davon aus, dass wir auch noch längerfristig Schutzmaßnahmen brauchen, weil es nicht nur um Todesfälle, sondern auch zunehmend um Erkrankungen im Post-COVID-Bereich geht. Menschen, die einmal erkrankt sind, leiden heute teilweise an schweren Nachwirkungen wie zum Beispiel am chronischen Fatigue-Syndrom oder anderen Erkrankungen. Ich habe inzwischen auch mit mehreren Selbsthilfegruppen sprechen können. Wir dürfen uns nicht nur auf die Todesfälle konzentrieren, sondern müssen auch die Erkrankungen derer sehen, die möglicherweise keine schwere akute Erkrankung hatten, die aber im Nachhinein noch an schweren Verläufen leiden.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage vom Kollegen Löw.

Stefan Löw (AfD): Wie wollen Sie dann den Bürgern mitteilen, wann man öffnen kann? Wann gibt es einmal Daten darüber, um welche Erkrankungen es sich dabei handelt und wie lange man damit zu kämpfen hat? Wir brauchen einmal eine Perspektive für das Volk.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wenn Sie heute die Medien und gestern die Ministerpräsidentenkonferenz verfolgt haben, haben Sie gesehen, dass wir eine Öffnungsmatrix mit verschiedenen Szenarien entwickelt haben, die den Menschen eine Perspektive, aber auch einen nach wie vor hohen Schutz gibt. Die Mutation ist in Bayern inzwischen zu 30 % und in den Grenzregionen noch wesentlich höher vertreten. Deshalb müssen wir zwischen den beiden Maßnahmen abwägen. Auf der einen Seite wollen wir den Gesundheitsschutz gewährleisten, auf der anderen Seite aber den Menschen auch wieder ein Stück Normalität geben.

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage geht auch an Herrn Staatsminister Holetschek. Sie kommt vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, es sind höchst fragwürdige Einkäufe von völlig überteuerten Schutzmasken bekannt geworden. Gegen Herrn Dr. Nüßlein von der CSU im Deutschen Bundestag wird wegen Korruption ermittelt. Bei ihm haben sogar Hausdurchsuchungen stattgefunden. Der CSU-Landtagskollege Sauter hat den Kaufvertrag für den Nüßlein-Deal ausgearbeitet. Weitere CSU-Promis sind auch verstrickt.

Herr Minister, wie erklärt die Regierung Söder den bayerischen Bürgern und Steuerzahlern angesichts dieser Vorfälle, dass sich uns bekannte bayerische Unternehmer im Februar und März letzten Jahres zuhauf bei Ihrer Regierung gemeldet und Masken in großen Mengen und zu normalen Preisen angeboten haben, aber nie einen Zuschlag bekamen, dass aber die Geschäftemacher Aufträge bekommen haben, für die Frau Tandler, Frau Hohlmeier & Co. bei Ihnen die Türen aufgemacht haben?

(Beifall bei der SPD)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr von Brunn, zuerst einmal muss man festhalten, dass die Zeit im letzten März während der ersten Welle der Pandemie besonders herausfordernd war. Ich war damals selber noch nicht in diesem Amt. Wir alle in diesem Parlament haben aber diese erste Welle miterlebt. Alle haben in ihren Wahlkreisen gesehen, dass der Markt zusammengebrochen ist. Es gab keine Schutzausrüstung. Viele Menschen waren verzweifelt und haben gesagt, wir brauchen Schutzausrüstung, damit wir gegen dieses Virus ankämpfen können. Das war damals die Lage. Das muss man einfach feststellen.

In dieser Lage haben viele Leute aus Verantwortung mitgeteilt, wo es möglicherweise Schutzausrüstung gibt und wie sie beschafft werden kann. Das muss natürlich ordentlich geprüft und transparent dargestellt werden. Dafür stehe ich auch. Ich bin völlig Ihrer Meinung, dass alle Sachverhalte, die Sie angesprochen haben, transparent geklärt werden müssen. Dort, wo mein Haus einen Beitrag dazu leisten kann, werden wir das ohne Zweifel tun. Ich bin aber nicht dafür, dass man irgendwelche Verdächtigungen in den Raum stellt, die im Moment schwierig zu beweisen sind. Wie Sie richtig gesagt haben, läuft ein Ermittlungsverfahren. Dabei gilt jedoch die Unschuldsvermutung. Dass ermittelt wird, ist richtig und gut. Wir unterstützen das, wo wir es können. Mehr kann ich zu diesem Sachverhalt tatsächlich nicht beitragen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage des Kollegen von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Herr Minister Holetschek, die Söder-Regierung hat eine Million Masken für fast 11 Euro pro Stück von der dubiosen Firma Emix gekauft. Die Schweiz hat auch von Emix Masken gekauft. Die Masken sind nach einem aktuellen Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" dort aber nicht verwendet worden, weil es große Zweifel gab, dass sie wirklich schützen; sie werden in der Schweiz jetzt im Labor untersucht, auch die KN95-Masken. Auf Nachfragen des "SPIEGEL" hat Ihr Ministerium bestätigt, dass die nach Bayern gelieferten Masken nicht zertifiziert sind. Bayern hat

im Gegensatz zur Schweiz und Nordrhein-Westfalen bei den Masken nur eine oberflächliche Sicht- und Tastkontrolle durchgeführt. Herr Minister, ich frage Sie deshalb: Wer trägt eigentlich die Verantwortung, wenn eine Million dubiose Emix-Masken, die laut Ihrem Ministerium in Bayern verteilt wurden, keine ausreichende Schutzwirkung haben und dadurch Menschenleben gefährdet worden sind?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr von Brunn, ich habe gerade versucht darzustellen, dass wir im Moment dabei sind, verschiedene Sachverhalte aufzuklären, dass im März letzten Jahres eine Situation war, die wir heute in einem anderen Lichte sehen. Wir werden die Dinge transparent aufklären und die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Sie haben verschiedene andere Mittel angewandt; ich glaube, Sie haben Anzeige erstattet. Das ist alles in Ordnung. Aber wir wollen auf unserem Weg dazu beitragen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land die Dinge transparent sehen und bewerten können. Wir müssen dann entsprechend handeln, wenn irgendwelche Dinge nicht richtig gelaufen sind. Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

Ein Teil der Wahrheit ist aber auch, dass die Situation damals eine sehr außergewöhnliche war und man bestimmte Dinge damals anders bewertet hat, als man das heute tut.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage kommt vom Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser und richtet sich an den Herrn Wirtschaftsminister.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Staatsminister, Herr Kollege Eibl hat einen Teil meiner Frage schon vorweggenommen – dafür schon mal vielen Dank. Es geht um die COVID-Medikamente bzw. die Medikamentenforschung. Wir haben hier 50 Millionen Euro. Im Vergleich zu den 20 Milliarden ist das ein sehr kleiner Betrag.

Trotzdem noch zwei Nachfragen dazu: Erstens. Die EMA hatte empfohlen, dass sich Unternehmen und Forschungseinrichtungen zusammenschließen. Die meisten Pharmaunternehmen haben das auch gemacht. Ich möchte wissen, ob sich der bayerische Staat an solchen Zusammenschlüssen beteiligt oder ob er weiterhin auf seinen Förderprogrammen beharrt.

Zweitens. Die Medikamentenforschung besteht jetzt auch darin, vorhandene Medikamente darauf zu testen, ob man sie möglicherweise nutzen kann, ob also vorhandene Medikamente modifiziert werden können, und eher im seltenen Fall neue Medikamente zu entwickeln. Dazu gibt es ganz verschiedene Ansätze. Ich wollte jetzt einfach nur hören, ob man anhand der Einreichungen, die angeblich so zahlreich erfolgt sind, schon einschätzen kann, wie viel davon in welche Richtung geht. Gibt es da irgendwelche antiviralen Antikörper, gibt es da Immunmodulatoren, gibt es da irgendwelche Herz-Kreislauf-Mittel oder Mittel gegen Lungenkrankheiten? In welche Richtung gehen wir da? Ich denke, selbst mit 50 Millionen Euro, und auch, wenn wir das aufstocken, können wir nur einen Bruchteil angehen. Da müssten wir irgendwo einen Schwerpunkt setzen. Das würde mich sehr interessieren.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Zur Antwort erteile ich dem Herrn Staatsminister Aiwanger das Wort.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Jetzt habe ich der Frage nur im Detail zugehört, weil ich gemeint habe, sie sei an den Gesundheitsminister gerichtet. Also noch mal eine Frage nach Therapiestrategie, Virologie und Sonstigem habe ich hinten raus noch mitbekommen.

(Heiterkeit)

Okay. – Also, es ist ein Expertengremium eingerichtet, das die eingereichten Anträge anhand der Fragestellung bewertet, ob es in dieser Pandemie hilfreich ist, dafür Gelder zu geben. Die jetzt eingereichten Anträge, 22 davon, fallen wohl in diese Kategorie.

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Eine Nachfrage des Abgeordneten Dr. Kaltenhauser. Bitte.

(Unruhe)

Ich bitte um etwas Ruhe, damit der Herr Wirtschaftsminister die Frage auch versteht.

(Heiterkeit)

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Da darf ich nachfragen. Ich habe mir sehr genau überlegt, an wen ich die Fragen stelle.

Die Förderprogramme sind eindeutig beim Wirtschaftsministerium angesiedelt. Deshalb war die Nachfrage zu dem Wirtschaftsprogramm. Für mich ist unklar, welche Strategie letztendlich dahintersteht. 50 Millionen Euro in Medikamentenforschung – das ist sehr abstrakt; da könnten auch 50 Millionen für Autoforschung stehen. Da muss doch ein Plan dahinter sein. Aus der Bayerischen Therapiestrategie kann ich es nicht erkennen. Man kann die Frage auch gerne weitergeben, und ich erhalte hinterher die Antwort. Das ist mir egal, ich möchte das nur gerne wissen.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Die Strategie dahinter ist natürlich, dass wir mit den verfügbaren Haushaltsmitteln möglichst viel erreichen wollen. Natürlich könnten Sie sagen, wir hängen eine Null daran und würden damit mehr erreichen. Andere Bundesländer haben da überhaupt nichts gemacht. Wir haben uns dazu entschieden, 50 Millionen Euro dafür freizugeben. Natürlich würden wir – Sie sehen das an der Zahl der Anträge – auch die doppelte Finanzmasse unterbringen.

Die Strategie dahinter ist, in dieser Pandemie mit verantwortbaren Haushaltsmitteln einen möglichst großen Effekt in der Therapie von Corona-Auswirkungen zu erzielen. Das ist die Strategie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an den Leiter der Staatskanzlei. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Staatsminister, im Mai 2020 habe ich Ihnen die Frage gestellt, warum es noch keine repräsentative Vergleichsgruppe gibt, die man als Datenbasis heranziehen könnte, um geeignete und zielführende Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung abzuleiten. Damals haben Sie mir geantwortet, dass man im Juni 2020 mit Ergebnissen aus Studien rechnen könnte. Bis jetzt liegen noch keine vor.

Meine Frage: Scheuen Sie in diesem Zusammenhang die Transparenz, um Ihre zum großen Teil ungeeigneten Maßnahmen willkürlich fortführen zu können?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Plenk. – Für die Antwort erteile ich dem Leiter der Staatskanzlei Herrn Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Vielen Dank, Herr Kollege Plenk, für die Frage. Die Antwort lautet: Nein.

(Heiterkeit)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister.

(Beifall bei der CSU)

Sie dürfen gleich am Pult bleiben. Die nächste Frage kommt vom Abgeordneten Raimund Swoboda.

Markus Plenk (fraktionslos): Entschuldigung, Herr Präsident, ich habe eine Nachfrage.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Dann erteile ich Ihnen noch mal das Wort für eine Nachfrage.

Markus Plenk (fraktionslos): Die Antwort war kurz und knapp. Ich interpretiere das so: Sie scheuen die Transparenz.

Meine Nachfrage: Texas hebt ab 10. März sämtliche Corona-Maßnahmen auf, andere Bundesstaaten der USA folgen diesem Beispiel. Schweden hat, gemessen an der Bevölkerungszahl, 2020 eine niedrigere Sterblichkeit als Bayern, und das ohne Lock-downs. Wollen Sie den Menschen hierzulande wirklich weismachen, dass Ihre Politik erfolgreich ist? Wenn ja, in welcher Hinsicht ist sie im Vergleich zu anderen Ländern erfolgreich und, vor allem, zu welchen Ländern?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Selbstverständlich ist unsere Politik erfolgreich. Das kann man auch kaum bestreiten, wenn Sie zum Beispiel den europäischen Vergleich heranziehen. Wie man an den Inzidenzwerten, aber auch an den Todesfällen sieht, wie man aber auch an Studien, die Sie ja nicht interessieren, sehen kann, konnten viele Menschenleben durch unsere Maßnahmen gerettet werden. Die Menschen sind eben nicht erkrankt und nicht in der Folge verstorben. Aus diesem Grund sage ich: Unsere Maßnahmen sind erfolgreich. Sie sind verhältnismäßig, und sie sind der Lage angemessen.

Wenn Sie die Meldungen heute verfolgt haben – wir werden sie morgen in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und der anschließenden Debatte ausführlicher besprechen –, dann sehen Sie, dass diese Strategie in eine weitere Stufe getreten ist. Wir führen das genauso weiter und dürfen jetzt nicht die Nerven und die Geduld verlieren. Deshalb machen wir so weiter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Die nächste Frage richtet sich ebenfalls an den Leiter der Staatskanzlei. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Herrmann, die umstrittene Corona-Impfaktion ist in Bayern schleppend angelaufen. Weltweit häufen sich die Meldungen über schwere Erkrankungen und Todesfälle in Altenheimen, Pflegeheimen, Impfzentren und Krankenhäusern. Gibt es in Bayern eine Meldepflicht mit statistischer Erfassung und Auswertung? Gibt es seitens der Regierung die Anweisung, solche Fälle in irgendeiner Art zu untersuchen, inklusive Obduktion der Toten? Wenn nein: warum nicht? Wenn ja: mit welchen Zwischenergebnissen?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister Dr. Herrmann.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Vielen Dank für die Frage. Selbstverständlich werden bei den Impfungen, die jetzt durchgeführt werden, auch außergewöhnliche Impfreaktionen eintreten. Diese werden logischerweise erfasst. Sollten Menschen eine allergische Reaktion zeigen, werden sie je nach Lage und je nach medizinischer Notwendigkeit ärztlich versorgt. Das wird auch registriert, weil wir wissen müssen, ob es möglicherweise Probleme mit dem Impfstoff gibt.

Wir erhalten täglich Informationen über den Impffortschritt. Meines Wissens sind bislang keine extremen und gravierenden Fälle vorgekommen. Täglich gibt es etwa eine oder zwei allergische Reaktionen bei über 20.000 Impfungen. Wir führen ein Monitoring durch. Das gehört zur Sorgfalt. Gott sei Dank gibt es aber keine ungewöhnlichen Ereignisse. Das deckt sich auch mit den Studien, die begleitend zur Impfung angefertigt wurden. Übrigens ist das nicht nur bei uns so, sondern in allen Ländern, die den Impfstoff verwenden.

Wir haben nicht nur einen extrem wirksamen, sondern auch einen extrem sicheren Impfstoff. Ich halte es sehr problematisch und für schäbig, dass interessierte Kreise

ständig versuchen, Zweifel über die Wirksamkeit und die Sicherheit dieses Impfstoffs zu streuen. Ihre Frage ging in der Tendenz auch in diese Richtung. Das verurteile ich. Wir müssen froh sein, dass es nach nur zwölf Monaten gelungen ist, weltweit mehrere Impfstoffe zu entwickeln, die jetzt eingesetzt werden können. Das ist ein Segen für die Menschheit, nichts anderes.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Auch hierzu gibt es eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Raimund Swoboda. Bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Dr. Herrmann, in Bayern gibt es circa 44.000 Polizeibeamte, die in ihrem täglichen Dienst und bei besonderen Anlässen durch Corona hochgefährdet sind. Wie viele dieser Polizeibeamten sind an Corona erkrankt, hospitalisiert oder bereits gestorben? Das ist mir aus Ihrer vorherigen Antwort nicht klar geworden. Ich möchte das nicht rügen, verstehen Sie mich nicht falsch. Ich bin nicht wie Sie. Ich hätte aber gerne eine Antwort.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Die Frage bezog sich auf Corona-Erkrankungen bei der bayerischen Polizei. Diese Frage müssten Sie an das Innenministerium richten. Dort bekommen Sie die exakte Auskunft. Mir sind diese Zahlen nicht präsent. Eine solche Erfassung gibt es natürlich. Es handelt sich wohl um eine relativ überschaubare Zahl angesichts der Tatsache, dass die Polizeibeamten sehr viel Bürgerkontakt haben. Die genaue Auskunft müssten Sie aber vom Innenministerium erbitten.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Gisela Sengl für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Frage richtet sich an den Gesundheitsminister Herrn Holetschek. Frau Kollegin Sengl, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, der Landkreis Berchtesgadener Land ist aufgrund seiner Lage an der Grenze zu Österreich und viel Pendelverkehr von Anfang an durch die Corona-Pandemie sehr belastet worden. Seit Oktober befindet sich der Landkreis bis heute im strengen Lockdown. Trotzdem ist die Leitungsstelle im Gesundheitsamt seit circa einem Jahr nicht besetzt. Die Gesundheitsämter sind doch das Rückgrat der Pandemiebekämpfung. Die Staatsregierung sollte dieses Rückgrat stärken und nicht am Stock gehen lassen. Der Landkreis Berchtesgadener Land steht schon lange im Fokus. Deshalb ist es noch unverständlicher, warum gerade hier die Leitungsstelle nicht besetzt ist. Scheinbar wurde die Ausschreibung vergessen. Wann wird die Leitungsstelle des Gesundheitsamtes Berchtesgadener Land besetzt?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): So bald wie möglich.

Gisela Sengl (GRÜNE): Nachfrage?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Das habe ich mir gedacht. Das sind die üblichen Ausreden: So bald wie möglich. Sie wissen einfach nicht, worum es geht. Die Stelle muss von der Regierung von Oberbayern besetzt werden. Das ist mir klar. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist das Innenministerium. Aber fachlich liegt die Zuständigkeit dafür bei Ihrem Ministerium. Ich halte es, gelinde gesagt, für unglaublich, dass dieses Thema so schleifen gelassen wird.

Meine Nachfrage: Gibt es einen Plan, wie so etwas in Zukunft verhindert werden kann? Es muss doch irgendeinen Plan geben, wonach solche Stellen besser ausgeschrieben oder höher dotiert werden können. Das ist doch nicht das einzige Gesundheitsamt, bei dem die Leitung fehlt. Gibt es einen Plan, um diese Situation zu verbessern?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Kollegin Sengl, ich wollte die erste Frage nicht so flapsig beantworten. Sehen Sie mir das bitte nach. Ich gebe Ihnen gerne Auskunft. – Sie haben vielleicht nicht wahrgenommen, dass ich erst vor Kurzem im Landkreis war. Ich habe mich dabei mit dem Landrat getroffen und mit ihm sehr lange über die Situation im Berchtesgadener Land gesprochen. Dabei ging es auch um Schulöffnungen und andere Themen. Mir ist bewusst, dass dort ein großer Druck besteht. Der Landkreis tut sehr viel, zum Beispiel beim Abwassermonitoring. Ich habe gute Eindrücke gewonnen und festgestellt, dass man dort dran ist, die Situation zu ändern.

Natürlich wollen wir auch die Leitungsstelle in diesem Gesundheitsamt möglichst schnell besetzen. Die Bewerberlage ist nicht ideal. Wir hatten vor Kurzem einen Bewerber aus einer Bundesbehörde. Sie sehen mir bitte nach, dass ich jetzt über das Personal nicht viel sagen will. Ich spreche gern nachher bilateral noch einmal mit Ihnen darüber. Tatsächlich ist es aber im Moment nicht so einfach, die richtigen Leute für die wichtigen Positionen zu finden.

Nichtsdestoweniger haben wir einen Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Der Bund stellt dafür 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Mittel daraus setzt der Freistaat auch für neue Stellen ein. Wir haben auch Hebungen von Stellen in den Gesundheitsämtern vorgesehen. Wir tun also alles, um diesen ÖGD zu stärken. Das ist eine bedeutende Aufgabe, weil sich gerade in der Pandemie gezeigt hat, wie wichtig der Öffentliche Gesundheitsdienst ist. Im Moment ist es aber sehr schwierig, Personen zu finden, die sich auf diese Stellen bewerben. Ich habe aber dieses Thema im Auge. Wir sind mit Hochdruck dran, diese Stelle wieder zu besetzen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Sengl, wir können nachher gerne noch einmal darüber reden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Fragestellerin ist Frau Abgeordnete Kerstin Radler. Ihre Frage richtet sich an den Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus Prof. Dr. Michael Piazolo.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, heute Vormittag fand eine Sitzung des bayerischen Ministerrats statt, in der auch über weitere Öffnungsschritte beraten wurde. Wir sind uns einig, dass die Bildung unserer Kinder und die Schulen in der Corona-Krise oberste Priorität haben. Ich weiß, dass Ihnen als Kultusminister dieses Thema besonders am Herzen liegt. Daher die Frage: Welche Öffnungsschritte sind an Bayerns Schulen vor den Osterferien geplant? Wie geht es an Bayerns Schulen weiter?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, wir haben im Ministerrat gemeinsam einen klugen und vernünftigen Beschluss gefasst, der auch dem entspricht, was ich mir gewünscht habe. Wir alle wünschen uns, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler wieder an die Schulen bringen. Wir machen dabei einen Dreischritt: Öffnen, Testen und Impfen. Wir haben dabei zum einen die Bildung im Blick, also die Vermittlung von Wissen, Können und Werten, die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler zu Persönlichkeiten, und zum anderen die Priorität des Gesundheitsschutzes für unsere Lehrkräfte und unsere Schülerinnen und Schüler.

Wir haben die Schulen an Weihnachten geschlossen. Wir wollen es vor Ostern schaffen, dass 90 % unserer Schülerinnen und Schüler wieder in die Schulen kommen. Das werden wir auch erreichen. Das System ist dabei leicht verständlich: Bei einem Inzidenzwert unter 100 kommen die Schülerinnen und Schüler ab der fünften Klasse in den Wechselunterricht. Bei einem Inzidenzwert über 100 werden nur die Abschlussklassen in den Schulen sein. Bei einem Inzidenzwert unter 50 kommen die Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen und den Grundschulstufen der Förderschulen

in den Präsenzunterricht. Das ist eine Verbesserung. Bei einem Inzidenzwert zwischen 50 und 100 bleiben sie im Wechselunterricht, bei einem Inzidenzwert über 100 kommen sie in den Distanzunterricht.

Bei den weiterführenden Schulen kommen alle Schüler bei einem Inzidenzwert unter 100 in den Wechselunterricht. Das ist ein großer Schritt nach vorne. Er wird durch eine entsprechende Teststrategie begleitet. Wir haben jetzt schon Reihentests. Hinzu werden die Selbsttests für die Lehrkräfte zweimal in der Woche kommen. Für die Schülerinnen und Schüler über 15 gibt es die dringende Empfehlung, sich einmal in der Woche zu testen. Ich appelliere an alle, sich testen zu lassen; denn das bietet auf der einen Seite Schutz für einen selbst, aber auch Schutz für alle anderen.

Das wird uns weitere Schritte ermöglichen. Wir wollen das Ganze mit einem Impfkonzept für die Grundschullehrer, für die Erzieherinnen und Erzieher und für die Förderschullehrer begleiten. Mein Wunsch ist, dass wir dieses Angebot auf alle Lehrkräfte ausrollen, damit wir noch mehr Sicherheit bekommen. Dieses Konzept ist rundum stimmig und ermöglicht uns, die Schülerinnen und Schüler wieder an die Schulen zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Der nächste Fragesteller ist Herr Abgeordneter Christian Klingen für die AfD-Fraktion. Die Frage richtet sich an den Staatsminister für Gesundheit und Pflege Herrn Klaus Holetschek.

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Minister Holetschek! Im besten Deutschland aller Zeiten gibt es ein Maskendebakel bzw. einen bayerischen Maskensumpf. Wie wir aus der Sendung "Plusminus" erfahren konnten, stehen in riesigen Lagerhallen bei Düsseldorf seit Monaten Tausende Kartons mit Millionen Atemschutzmasken. Milliarden von Steuergeldern wurden verschwendet. Aus der "Frankenpost", der zweitgrößten Tageszeitung Oberfrankens, erfahren wir, dass auf Empfehlungen der CSU-

Politikerin Monika Hohlmeier die ehemalige bayerische Gesundheitsministerin Melanie Huml Millionen FFP2-Masken zu 8,90 Euro pro Stück gekauft haben soll, obwohl diese angeblich nicht einmal über die notwendige Zertifizierung verfügen. Diese Art von Billigmasken bekommt man ansonsten für unter einem Euro im Supermarkt. Dies ist also eigentlich auch wieder eine Steuergeldverschwendung. Sie haben vorhin gesagt, Sie wollen das untersuchen. Ich frage jetzt aber: Haben wir die FFP2-Maskenpflicht, die teilweise auch mit unverhältnismäßigen polizeilichen Mitteln durchgesetzt wird, deshalb, weil unfähige Politiker zu viele und zu teure Masken eingekauft haben? Vielleicht liegt es auch daran, dass das Verfallsdatum bald ablaufen wird.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich möchte mit aller Entschiedenheit diesen Ton, den Sie in diese Frage implizieren, zurückweisen. Was Sie hier tun, ist eine Frechheit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie machen sich gemein mit allen Verschwörungstheoretikern dieser Welt, aber das tun Sie ja immer und gerne. Das ist Ihre Linie. Es ist immer wieder dasselbe. Wir haben eine FFP2-Maskenpflicht, weil wir die Menschen besser schützen wollen, weil die Maske nicht nur andere schützt, sondern auch einen selbst, weil wir Mutationen haben, weil Menschen sterben, weil wir einen Gesundheitsnotstand und eine Pandemie haben. Deswegen haben wir eine FFP2-Maske vorgeschrieben. Dort, wo Prozesse nicht richtig laufen, müssen sie korrigiert und aufgearbeitet werden, aber Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen – vermutlich waren Sie letztes Jahr bei der ersten Pandemiewelle nicht mittendrin, als die Altenheime und Krankenhäuser nach Schutzausrüstung gerufen haben –, dass es eine besondere Situation war. Dies will ich hier an dieser Stelle noch einmal feststellen, auch für meine Amtsvorgängerin. Das will ich klipp und klar sagen. Wo wir die Vorgänge darstellen müssen, werden wir es tun; aber das, was Sie hier versuchen, ist völlig unanständig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es gibt auch zu dieser Antwort eine Rückfrage des Abgeordneten Christian Klingen. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Christian Klingen (AfD): Die Bürger werden gezwungen, speziell hier in Bayern diese FFP2-Masken zu tragen. Die "Hessische Niedersächsische Allgemeine" – hier können Sie wieder sagen, das ist Verschwörung – hat sich damit auseinandergesetzt: Das Vlies der Masken enthält den thermoplastischen Kunststoff Polypropylen. Zusätzlich sind die Masken mit Klebstoffen, Bindemitteln, UV-Stabilisatoren, giftigem Formaldehyd, krebserregendem Anilin und künstlichen Duftstoffen belastet. Außerdem atmet der Maskenträger Mikrofaserpartikel ein, die exakt die Größe haben, um sich in der Lunge festzusetzen oder von dort aus weiter durch den Körper zu wandern. Wieso also zwingt die Bayerische Staatsregierung Ihre Bürger unter dem Vorwand der Gesundheitsfürsorge, potenziell schädliche FFP2-Masken zu tragen, während zur gleichen Zeit in vielen Bundesländern medizinische Einwegmasken, sogenannte OP-Masken, ausreichend sind?

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich weiß nicht, was Sie hier zitieren, aber es trifft einfach nicht zu.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, auch die nächste Frage richtet sich an den Staatsminister für Gesundheit und Pflege. Fragesteller ist der Abgeordnete Christian Flisek für die SPD-Fraktion.

Christian Flisek (SPD): Herr Staatsminister Holetschek, derzeit sind Landkreise und kreisfreie Städte, in denen die 7-Tage-Inzidenz nahe bei 100 liegt, vor große Probleme gestellt. Aufgrund schwankender Inzidenzwerte sind sie momentan dazu gezwungen, Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen innerhalb von 24 Stunden wieder zu schließen, sobald der Inzidenzwert vor Ort über 100 steigt. In meiner Heimatstadt Passau war dies der Fall. Im Landkreis Passau hatten die Schulen nur exakt einen Tag geöffnet und mussten danach wieder schließen. Der dortige Landrat hat auch einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten geschickt. Ich habe vernommen, dass heute in der Ministerratssitzung beschlossen wurde, dass ab 15. März zur besseren Planbarkeit für die Schulfamilie die Festlegung der jeweiligen Unterrichtsform künftig jeweils für eine Schulwoche gelten soll. Ich frage Sie daher: Warum will man das erst ab dem 15. März gelten lassen? Was geschieht mit Kinderbetreuungseinrichtungen? Wie sieht dieses Konzept eigentlich aus, wenn dann beispielsweise am Freitag, Samstag und Sonntag der Inzidenzwert in der jeweiligen Region über 100 steigt?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wir haben diesen Punkt, der bei uns genauso wie bei Ihnen angekommen ist, dass wir bei einer Inzidenz von 100 mit diesem einen Karenztag gearbeitet haben, nun korrigiert. Wir haben jetzt auf eine Wochenschau umgestellt. Viele Landrätinnen und Landräte haben mir mitgegeben, sie wünschten, dass gerade in den Orten, die nur kurz über 100 und dann wieder unter 100 liegen, ein anderer Beurteilungsspielraum gilt. Auch viele Kollegen aus meiner eigenen Fraktion haben immer wieder gemahnt, dies müsse anders werden. Deswegen haben wir dies heute umgestellt. Ich glaube, das ist die richtige Kompromisslösung zwischen dem, was wir wollen, dass wir einerseits Öffnungsschritte möglich machen, andererseits aber weiterhin sorgsam sind. Wenn es Verbesserungen gibt oder wenn es sinnvoll ist, muss man schauen, was man im System wieder verändern kann. Ich glaube aber, das ist jetzt ein ganz guter Beurteilungsspielraum, der draußen hilft, um Schritte wieder planbar zu machen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Auch zu Ihrer Antwort gibt es eine Nachfrage des Abgeordneten Flisek. – Bitte schön.

Christian Flisek (SPD): In der Tat haben Sie jetzt nicht die Frage beantwortet, warum das erst ab dem 15. März gelten soll und was mit Kinderbetreuungseinrichtungen geschieht. Hier bitte ich Sie, Ihre Antwort zu vervollständigen.

Die andere Frage lautet: Es wurde auch vorgeschlagen, sogenannte Korridore oder Pufferzonen einzuführen. Kann das denn nicht ein Beitrag sein, um dann jeweils den vor Ort handelnden Personen wie Landräten oder Oberbürgermeistern einen Ermessensspielraum zu gewähren? Im Hintergrund steht ja am Ende auch eine Haftungsfrage der jeweiligen Handelnden und Entscheidenden.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wir haben diese Beschlüsse heute nach der gestrigen Ministerpräsidentenkonferenz nachvollzogen, auch mit der Umsetzung beim Thema Schule. Deswegen sind die Beschlüsse so gefasst worden, wie sie jetzt kommuniziert worden sind. Ermessensspielräume sind immer gut, aber klare Linien sind aus meiner Sicht besser. Deshalb geht der Beurteilungsspielraum über eine Woche. Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist der RKI-Wert am Freitag maßgeblich, um das Thema dann innerhalb einer Woche richtig aussteuern zu können. Ich glaube, dies ist vernünftig und richtig, und es sollte dann auch für die Kitas nachvollzogen werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Die nächste Frage richtet sich an Herrn Staatsminister für Unterricht und Kultus. Fragestellerin ist die Abgeordnete Julika Sandt für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

(Zurufe)

Julika Sandt (FDP): Herr Minister, das Thema Notbetreuung wird uns noch länger begleiten. Die weiterführenden Schulen gehen erst in über einer Woche in den Wechselunterricht. Nebenher läuft die Notbetreuung weiter. Ich halte diese für sehr wichtig, weil auch Kinder mit Behinderung und Kinder, bei denen eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, etc. einen Anspruch auf Notbetreuung haben. Ich denke, dass es sehr engagierte Lehrer und Schulen gibt, die das alles bestmöglich organisieren. Ihnen gilt auch mein Dank. Sie haben aber nicht die entsprechenden Voraussetzungen. Es herrscht großer Personalmangel und zum Teil auch Raummangel. Ich habe den Eindruck, das Kultusministerium nimmt in Kauf – das haben Sie in einer Anfrage auch bestätigt –, dass die Notbetreuung nur eine Betreuung ist, zum Teil gar nicht stattfindet und zum Teil jahrgangsübergreifend und schulübergreifend neben dem Wechselunterricht stattfindet.

Meine Tochter ist alle zwei Tage in der Notbetreuung und im Wechselunterricht. Sie sagt: In der Notbetreuung bin ich mit Schülern aus allen Klassen meiner Schule – aus der ersten, zweiten, dritten und vierten Klasse – und mit Parallelklassen zusammen. Am nächsten Tag gehe ich wieder mit den Kindern aus meiner Klasse usw. in den Wechselunterricht. Dann gibt es wieder andere Gruppen, wo dies anders ist. Sie meint: Dabei kann ich mich doch bei viel mehr Kindern anstecken und – wenn ich infiziert bin – viel mehr Kinder anstecken, als wenn ich mit einer festen Klasse in einer festen Gruppe zusammen bin! – Wie ist das zu rechtfertigen?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Frau Kollegin, vielen Dank für die Frage. Das ist völlig richtig, ich stimme zu: Notbetreuung ist wichtig. Deshalb haben wir sie nicht nur eingeführt, sondern wir haben sie auch ausgeweitet. Wir haben gesagt: Notbetreuung muss es natürlich für die Kinder geben, deren Eltern in systemkritischen Berufen arbeiten, aber auch für diejenigen, die sie jetzt brauchen, zum Beispiel für die Kinder vieler Alleinerziehender. Das halte ich für sehr wichtig. Bei den weiterführenden Schulen wird sie in relativ geringem Maße wahrgenommen. Ins-

besondere bei der Grundschule liegen wir im Durchschnitt teils bei über 10%, aber auch bei den Förderschulen gibt es noch einen verstärkten Bedarf. Das ist sehr, sehr wichtig. Auf der anderen Seite – hier stimme ich auch zu – ist es immer so: Wir haben die Notbetreuung und auch den Unterricht. Das muss sich entsprechend einspielen. An manchen Schulen, gerade in der Großstadt, in München, haben wir bei den Grundschulen bis zu 20 % Notbetreuung, während wir im ländlichen Raum in der Grundschule teilweise gerade einmal 5 % haben. Insofern braucht man Flexibilität vor Ort.

Das Beispiel, das Sie geschildert haben, ist aus meiner Sicht kein gutes. So ist es nicht gedacht. Es ist vielmehr das Ziel, und das gilt für alle an der Schule, möglichst feste Gruppen zu haben, damit die Kontakte nicht zu viele werden. Da gibt es zwar eine Flexibilität der Schulen vor Ort, aber man soll schon schauen, dass in der Notbetreuung nach Möglichkeit die zusammen sind, die in der gleichen Klasse sind, vielleicht auch mit einer anderen Klasse. Es ist aber nicht daran gedacht, wild zu mischen, sondern man muss darauf achten, dass es möglichst wenig Kontakte sind. Das muss man organisieren, und das ist nicht immer leicht, vor allem im städtischen Raum, wo man vielleicht nicht so viele Räumlichkeiten hat. Es gilt deshalb abzuwägen. Wir haben aber deutlich gemacht, auch in unseren Schreiben, dass man bei der Notbetreuung darauf achten soll, dass das nicht Gruppen sind, die aus ganz vielen Klassen zusammengesetzt werden, sodass sich daraus keine zusätzliche Gefährdungslage ergibt.

Julika Sandt (FDP): Dann habe ich noch eine weitere Frage, die betrifft insbesondere die jüngeren Schüler, die unter 15 Jahre alt sind. Der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz besagt, dass jetzt auch die Kinder wöchentlich Schnelltests bekommen sollen, so, wie das beispielsweise in Wien, in Graubünden usw. schon lange der Fall ist. In der letzten Sitzung habe ich Ihren Kollegen Holetschek dazu befragt. Der konnte das im Moment nicht in Aussicht stellen. Gibt es dazu Neuerungen? Ab wann bekommen die Kinder wöchentlich einen Schnelltest, oder regelt das Herr Scheuer? Das sollen doch die Länder regeln.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Nein, wir regeln das. Die jetzige Regelung, ich habe sie vorher kurz erwähnt, ist so, dass die Lehrerinnen und Lehrer bei uns Schnelltests bekommen sollen. Sie können sich zweimal die Woche testen. Diejenigen, die über 15 Jahre sind, bekommen ebenfalls Schnelltests, die an den Schulen angeliefert werden, und zwar können sie sich einmal die Woche testen. Klaus Holetschek und ich haben vereinbart, dass wir uns jetzt zusammensetzen und genau prüfen, was mit den Kindern unter 15 Jahren ist. Auch da gibt es Wünsche, wie sie getestet werden. Das müssen wir aber auch noch medizinisch klarstellen. Es gibt Untersuchungen, wonach das bei den Kleineren nicht so von Nutzen ist. Es ist auch immer die Frage, wie es wahrgenommen wird. Das Alter von 15 ist gewählt worden, weil man davon ausgeht, dass der Test so verständlich und einfach ist, dass man diesen Selbsttest mit 15 Jahren schon machen kann. Ich persönlich bin der Auffassung, dass es hierzu auch Anleitung von Eltern geben kann, dass die Eltern hier also unterstützend tätig sind. Wir setzen uns jetzt also zusammen und werden noch einmal überlegen, ob wir das auch für die Unter-15-Jährigen anbieten, was ich persönlich begrüßen würde. Ich warte jetzt aber noch auf den Sachverstand der Virologen, der Mediziner und derjenigen, die das begutachten können.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Befragung der Staatsregierung beendet.